



Stadtratssitzung

Donnerstag, 22. Januar 2004, 17.00 Uhr und 20.30 Uhr

Grossratssaal im Rathaus

Traktanden

	Antrag
1. Protokollgenehmigung (Protokoll Nr. 30 vom 20. November 2003, Nr. 31 vom 27. November 2003 und Nr. 32 vom 4. Dezember 2003)	
2. Einbürgerungsgesuche vom 25. November 2003 (DSI: Begert)	294
3. Wahlen in Schulkommissionen (BUI: Olibet)	314
4. Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) 2003: Schlussbericht (PUK: Stückelberger)	297
5. Ecke Weltstrasse/Münsterstrasse: Verkauf von Bauland ab der Strassenparzelle Bern Gbbl.-Nr. 4125, Kreis IV mit gleichzeitiger Übertragung vom Verwaltungs- in das Finanzvermögen (FKÖ: Weil/FPI: Wasserfallen)	189
6. Motion Fraktion GFL/EVP (Michael Straub, EVP): Tourismusabgabe für das Gastgewerbe (FPI: Wasserfallen)	235
7. Motion Fraktion SP (Irène Graf Lerch) vom 30. Mai 1996: Wohnstadt Bern - Vermietung stadteigener Liegenschaften: Kostenmiete kombiniert mit Subjekthilfe statt Giesskanne; Abschreibung (PBV: Jaberg/FPI: Wasserfallen)	224
8. Interfraktionelles Postulat SP/JUSO, GB/JA!/GPB (Béatrice Stucki, SP/ Natalie Imboden, GB): Kriterien zur Frauenförderung bei Beschaffungen im Planungs- und Bauwesen (HSE: Guggisberg)	287
9. Interfraktionelle Motion SP/JUSO, GB/JA!/GPB (Béatrice Stucki/Miriam Schwarz, SP/Simon Röthlisberger, JA!): Die Bau- und Verbesserungsgruppe des Kinderparlaments als Ansprechpartnerin bei der Planung von Sanierungs- und Bauvorhaben in der Stadt Bern (DSO: Frösch)	298
10. Interpellation Fraktion SP/JUSO (Sabine Schärner, SP): In welche Richtung entwickelt sich die Berner Sozialpolitik? (DSO: Frösch)	278

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Protokoll Nr. 2	35
Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.00 Uhr	37
Mitteilungen der Präsidentin	38
1 Protokollgenehmigung	38
2 Einbürgerungsgesuche vom 25. November 2003	38
3 Wahlen in Schulkommissionen	41

4	Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) 2003: Schlussbericht.....	43
	Präsenzliste der Sitzung 20.30 bis 22.40 Uhr	62
	Dringlicherklärung	63
4	Fortsetzung: Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) 2003: Schlussbericht	63
5	Ecke Weltistrasse/Müngergasse: Verkauf von Bauland ab der Strassenparzelle Bern Gbbl.-Nr. 4125, Kreis IV mit gleichzeitiger Übertragung vom Verwaltungs- in das Finanzvermögen.....	77
6	Motion Fraktion GFL/EVP (Michael Straub, EVP): Tourismusabgabe für das Gastgewerbe	78
	Eingänge	85

Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.00 Uhr

Vorsitzender

Präsidentin Margrit Stucki-Mäder

Anwesend

Hans Peter Aeberhard
Michael Aebersold
Raymond Anliker
Thomas Balmer
Vinzenz Bartlome
Christof Berger
Peter Bernasconi
Margrith Beyeler-Graf
Peter Blaser
Markus Blatter
Jsabelle Blunsky Scheidegger
Peter Bühler
Walter Christen
Anna Coninx
Conradin Conzetti
Dolores Dana
Martina Dvoracek
Karin Feuz-Ramseyer
Andreas Flückiger
Rudolf Friedli
Verena Furrer-Lehmann
Jacqueline Gafner Wasem
Hans Ulrich Gränicher
Guglielmo Grossi
Thomas Göttin

Rolf Häberli
Ueli Haudenschild
Kurt Hirsbrunner
Stephan Hügli
Natalie Imboden
Mario Imhof
Urs Jaberg
Daniele Jenni
Michael Jordi
Stefan Jordi
German Kalbermatten
Daniel Kast
Rudolf Keller
Markus Kiener
Margareta Klein-Meyer
Andreas Krummen
Peter Künzler
Daniel Lerch
Liselotte Lüscher
Markus Lüthi
Corinne Mathieu
Erik Mozsa
Barbara Mühlheim
Christoph Müller

Philippe Müller
Lydia Riesen
Simon Röthlisberger
Heinz Rub
Erich Ryter
Annemarie Sancar-Flückiger
Sabine Schärner
Beat Schori
Rolf Schuler
Miriam Schwarz
Rudolph Schweizer
Sylvia Spring Hunziker
Ernst Stauffer
Michael Straub
Barbara Streit-Stettler
Ueli Stückelberger
Béatrice Stucki
Hans-Ulrich Suter
Margrit Thomet
Christian Wasserfallen
Catherine Weber
Thomas Weil
Beat Zobrist
Andreas Zysset

Entschuldigt

Oskar Balsiger
Dieter Beyeler

Christian Michel
Rosmarie Okle Zimmermann

Doris Schneider
Max Suter

Vertretung Gemeinderat

Klaus Baumgartner PRD
Ursula Begert DSI

Therese Frösch DSO
Adrian Guggisberg HSE
Edith Olibet BUI

Alexander Tschäppät PVT
Kurt Wasserfallen FPI

Ratssekretariat

Jürg Stampfli

Stadtkanzlei

Irène Maeder Marsili

Mitteilungen der Präsidentin

Die Vorsitzende *Margrit Stucki-Mäder* teilt mit, dass Peter Bühler (bisher SD) neu in der SVP-Fraktion Einsitz nimmt. Weiter wurde im alten Jahr eine Umfrage betreffend die Zufriedenheit mit dem Ratssekretariat ausgeteilt. Wer den Fragebogen noch nicht retourniert hat, wird gebeten, dies heute oder spätestens bei der nächsten Sitzung zu tun. Ausserdem möchte das Ratssekretariat noch einmal darauf aufmerksam machen, dass nächsten Donnerstag, 29. Januar, die Stadratsmitglieder eingeladen sind, um 16 Uhr den Dokumentationsraum des Ratssekretariats zu besichtigen.

Dringlicherklärung

Die Dringlichkeit der Richtlinienmotion der Fraktion SVP/JSVP (Thomas Weil) „Vor dem Gesetz sind alle gleich – der Gemeinderat hat das Kantonalbernerische Polizeigesetz und damit auch dessen Wegweisungsartikel konsequent umzusetzen“ wird vom Stadtrat mit 35 : 28 Stimmen bei 0 Enthaltungen abgelehnt.

1 Protokollgenehmigung

Die Protokolle Nr. 30 vom 20. November 2003, Nr. 31 vom 27. November 2003 und Nr. 32 vom 4. Dezember 2003 werden mit bestem Dank an die Verfasserinnen und Verfasser genehmigt.

2 Einbürgerungsgesuche vom 25. November 2003

Antrag Nr. 294

Barbara Streit (EVP), Präsidentin der Einbürgerungskommission: Die Kommission empfiehlt dem Stadtrat, sämtliche Gesuche zu bejahen. Ich möchte an dieser Stelle noch einen kurzen Rückblick auf das letzte Jahr werfen und ein paar statistische Zahlen aus dem Bürgerrechtsdienst bekannt geben. Im letzten Jahr haben die Gesuche für reguläre Einbürgerungen – die erleichterten Einbürgerungen, die nicht in der Einbürgerungskommission behandelt werden sind dabei nicht berücksichtigt – um 22,8 Prozent zugenommen, nämlich von 337 auf 414 Gesuche. Gleichzeitig hat die Anzahl der erledigten Gesuche um 12 Prozent abgenommen, von 239 auf 258. Beim Bürgerrechtsdienst gibt es also einen Bearbeitungsstau. Dieser Stau ist erklärbar: Bereits seit Juli 2002 muss der Bürgerrechtsdienst mit einem Bestand von drei statt fünf Mitarbeitenden funktionieren. Von März bis August 2003 waren es sogar nur noch zwei Mitarbeitende. Offensichtlich war es schwierig, neue Mitarbeitende zu rekrutieren. Seit August 2003 sind nun zwei neue Fachleute angestellt, die nach Abschluss der Einarbeitungsphase sukzessive selbständig ihre Aufgaben erfüllen können. Wir hoffen deshalb, dass in naher Zukunft eine Verbesserung der Situation beim Bürgerrechtsdienst eintritt.

Rudolph Schweizer (SVP): Zu Gesuch Nr. 5 habe ich eine Frage betreffend den Wohnort: Weshalb wird hier im Stadtrat ein Gesuch behandelt von einer Person aus Niederwangen, das bekanntlich zur Gemeinde Köniz gehört?

Barbara Streit (EVP): Gemäss dem Gesetz vom 9. September 1996 über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht Artikel 8 Absatz 2, können Jugendliche, welche die obligatorische

Schulbildung mehrheitlich oder vollständig nach dem schweizerischen Lehrplan erworben haben und das Gesuch zwischen dem 15. und dem vollendeten 25. Altersjahr stellen, in einer Gemeinde um Aufnahme ins Bürgerrecht ersuchen, wo sie während mindestens zwei Jahren wohnen oder gewohnt haben. Die betreffende Person im Gesuch Nr. 5 erfüllt somit die Bedingungen der Wohnsitzerfordernis in Bern.

Der Gemeinderat und die stadträtliche Einbürgerungskommission unterbreiten dem Stadtrat folgende Einbürgerungsgesuche zum Entscheid:

Ausgeteilte Stimmzettel	74
Eingegangene Stimmzettel	74
Davon leer oder ungültig	1
In Berechnung fallende Stimmzettel	73

Aus Datenschutzgründen dürfen die Namen der Bewerbenden nicht eingesehen werden.

3 Wahlen in Schulkommissionen

Antrag Nr. 297

1. Schulkommission Altstadt/Schosshalde

Herr Bernhard Müller-Tschannen (Elternsprecher) ist auf Ende Schuljahr 2002/2003 als Mitglied der Schulkommission Altstadt/Schosshalde zurückgetreten. Von diesem Rücktritt wird – verbunden mit dem Dank für die geleistete Arbeit – Kenntnis genommen.

Als neues Mitglied der Schulkommission Altstadt/Schosshalde wird ab sofort für den Rest der laufenden Amtsdauer, d. h. bis 31. Juli 2005 gewählt:

Herr Claude Bigler (Elternsprecher), 1961, Topograph, Schermenweg 127, 3006 Bern

Gemäss Art. 9 der Verordnung über die Elternmitsprache an den Volksschulen der Stadt Bern vom 26.10.1994 ist die Mitgliedschaft in der Schulkommission an das Amt des Elternsprechers gebunden.

2. Schulkommission Altstadt/Schosshalde

Frau Lucia Marti (FDP) ist auf den 20. November 2003 als Mitglied der Schulkommission Altstadt/Schosshalde zurückgetreten. Von diesem Rücktritt wird – verbunden mit dem Dank für die geleistete Arbeit – Kenntnis genommen.

Als neues Mitglied der Schulkommission Altstadt/Schosshalde wird ab sofort für den Rest der laufenden Amtsdauer, d. h. bis 31. Juli 2005 gewählt:

Herr Anton Alfred Amonn (FDP), 1963, Dr. iur., Fürsprecher, Bitziusstrasse 53, 3006 Bern

3. Schulkommission Breitfeld/Wankdorf

Herr Nelson Platoni (Elternsprecher) ist auf Ende Schuljahr 2002/2003 als Mitglied der Schulkommission Breitfeld/Wankdorf zurückgetreten. Von diesem Rücktritt wird – verbunden mit dem Dank für die geleistete Arbeit – Kenntnis genommen.

Als neues Mitglied der Schulkommission Breitfeld/Wankdorf wird ab sofort für den Rest der laufenden Amtsdauer, d. h. bis 31. Juli 2005 gewählt:

Herr Matthias Richener (Elternsprecher), 1961, Gewerkschaftsfunktionär, Winkelriedstrasse 23, 3014 Bern

Gemäss Art. 9 der Verordnung über die Elternmitsprache an den Volksschulen der Stadt Bern vom 26.10.1994 ist die Mitgliedschaft in der Schulkommission an das Amt des Elternsprechers gebunden.

4. Schulkommission Brunnmatt

Herr Jean-Marc Meier (SP) ist auf Ende Juli 2003 als Mitglied der Schulkommission Brunnmatt zurückgetreten. Von diesem Rücktritt wird – verbunden mit dem Dank für die geleistete Arbeit – Kenntnis genommen.

Als neues Mitglied der Schulkommission Brunnmatt wird ab sofort für den Rest der laufenden Amtsdauer, d. h. bis 31. Juli 2005 gewählt:

Herr Andreas Holliger (SP), 1965, Logistiker, Freiburgstrasse 123a, 3008 Bern

5. Schulkommission Kirchenfeld

Herr Markus Feller (SP) ist auf Ende Schuljahr 2002/2003 als Mitglied der Schulkommission Kirchenfeld zurückgetreten. Von diesem Rücktritt wird – verbunden mit dem Dank für die geleistete Arbeit – Kenntnis genommen.

Als neues Mitglied der Schulkommission Kirchenfeld wird ab sofort für den Rest der laufenden Amtsdauer, d. h. bis 31. Juli 2005 gewählt:

Frau Barbara Mühlheim (SP), 1959, Sozialarbeiterin, Betriebsleiterin KODA, Gutenbergstrasse 42, 3011 Bern

6. Schulkommission Manuel

Frau Esther Kälin Plézer (SP) ist auf Ende Dezember 2003 als Mitglied der Schulkommission Manuel zurückgetreten. Von diesem Rücktritt wird – verbunden mit dem Dank für die geleistete Arbeit – Kenntnis genommen.

Als neues Mitglied der Schulkommission Manuel wird ab sofort für den Rest der laufenden Amtsdauer, d. h. bis 31. Juli 2005 gewählt:

Herr Lorenz Hubacher (SP), 1964, Marketingplaner, Elfenuweg 1, 3006 Bern

7. Schulkommission Rossfeld

Frau Ursula Schärer (GB) ist auf Ende September 2003 als Mitglied der Schulkommission Rossfeld zurückgetreten. Von diesem Rücktritt wird – verbunden mit dem Dank für die geleistete Arbeit – Kenntnis genommen.

Als neues Mitglied der Schulkommission Rossfeld wird ab sofort für den Rest der laufenden Amtsdauer, d. h. bis 31. Juli 2005 gewählt:

Frau Gabriela Dreier Borleis (GB), 1963, Lehrerin für Menschen mit geistiger Behinderung, Reichenbachstrasse 146, 3004 Bern

8. Schulkommission Rossfeld

Frau Rosmarie Bühler (Elternsprecherin) ist auf Ende Schuljahr 2002/2003 aus dem Elternrat des Schulkreises Rossfeld ausgeschieden und somit auch als Mitglied der Schulkommission Rossfeld. Von diesem Ausscheiden wird – verbunden mit dem Dank für die geleistete Arbeit – Kenntnis genommen.

Als neues Mitglied der Schulkommission Rossfeld wird ab sofort für den Rest der laufenden Amtsdauer, d. h. bis 31. Juli 2005 gewählt:

Frau Rebekka Grogg (Elternsprecherin), 1962, Pfarrerin, Granatweg 10, 3004 Bern

Gemäss Art. 9 der Verordnung über die Elternmitsprache an den Volksschulen der Stadt Bern vom 26.10.1994 ist die Mitgliedschaft in der Schulkommission an das Amt der Elternsprecherin gebunden.

9. Schulkommission Schwabgut

Herr Urs Lüthi (ARP) ist auf Ende Juni 2003 aus der Gemeinde Bern weggezogen und somit als Mitglied der Schulkommission Schwabgut ausgeschieden. Von diesem Ausscheiden wird – verbunden mit dem Dank für die geleistete Arbeit – Kenntnis genommen.

Als neues Mitglied der Schulkommission Schwabgut wird ab sofort für den Rest der laufenden Amtsdauer, d. h. bis 31. Juli 2005 gewählt:

Herr Philipp Hofer (ARP), 1974, Verkäufer, Brünnenstrasse 37, 3018 Bern

10. Schulkommission Schwabgut

Herr Markus Wymann (Elternsprecher) ist auf Ende Schuljahr 2002/2003 aus dem Elternrat des Schulkreises Schwabgut ausgeschieden und somit auch als Mitglied der Schulkommission Schwabgut. Von diesem Ausscheiden wird – verbunden mit dem Dank für die geleistete Arbeit – Kenntnis genommen.

Als neues Mitglied der Schulkommission Schwabgut wird ab sofort für den Rest der laufenden Amtsdauer, d. h. bis 31. Juli 2005 gewählt:

Herr Beat Gysler (Elternsprecher), 1964, Maschinzeichner, Looslistr. 21A, 3027 Bern

Gemäss Art. 9 der Verordnung über die Elternmitsprache an den Volksschulen der Stadt Bern vom 26.10.1994 ist die Mitgliedschaft in der Schulkommission an das Amt des Elternsprechers gebunden.

11. Schulkommission Bümpliz/Höhe

Bei den Gesamterneuerungswahlen für die Amtsdauer 2001 bis 2005 blieb dieser Sitz noch vakant.

Als neues Mitglied der Schulkommission Bümpliz/Höhe wird ab sofort für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis 31. Juli 2005, gewählt:

Frau Barbara Sommer (SP), 1971, Primarlehrerin/Studentin, Freiburgstrasse 147, 3018 Bern

12. Schulkommission Kleefeld

Herr Peter Scheidegger (Elternsprecher) ist auf Ende Schuljahr 2002/2003 als Mitglied des Elternrats Kleefeld ausgeschieden und somit auch aus der Schulkommission. Von diesem Ausscheiden wird – verbunden mit dem Dank für die geleistete Arbeit – Kenntnis genommen. Als neues Mitglied der Schulkommission Kleefeld wird ab sofort für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis 31. Juli 2005, gewählt:

Herr Stephan Häubi (Elternsprecher), 1963, Freiburgstrasse 489, 3018 Bern

Gemäss Art. 9 der Verordnung über die Elternmitsprache an den Volksschulen der Stadt Bern vom 26.10.1994 ist die Mitgliedschaft in der Schulkommission an das Amt des Elternsprechers gebunden.

13. Schulkommission Schwabgut

Frau Filiz Irmak (SP) ist auf den 25.09.2003 als Mitglied der Schulkommission Schwabgut zurückgetreten. Von diesem Rücktritt wird – verbunden mit dem Dank für die geleistete Arbeit – Kenntnis genommen.

Als neues Mitglied der Schulkommission Schwabgut wird ab sofort für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis 31. Juli 2005, gewählt:

Frau Petra Graf (SP), 1972, Wissenschaftliche Mitarbeiterin BFF, Freiburgstrasse 511e, 3018 Bern

14. Schulkommission Stapfenacker/Brünnen

Herr Gordon Eyer (ARP) ist auf den 1. Dezember 2003 als Mitglied der Schulkommission Stapfenacker/Brünnen zurückgetreten. Von diesem Rücktritt wird – verbunden mit dem Dank für die geleistete Arbeit – Kenntnis genommen.

Als neues Mitglied der Schulkommission Stapfenacker/Brünnen wird ab sofort für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis 31. Juli 2005, gewählt:

Herr Andre Vanazzi (ARP), 1952, Wangenstrasse 49c, 3018 Bern

Die vorgeschlagenen Personen werden einstimmig gewählt. Die Vorsitzende gratuliert den Gewählten und dankt den Abtretenden für die geleistete Arbeit.

4 Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) 2003: Schlussbericht

Antrag Nr. 314

1. Der Stadtrat nimmt zustimmend Kenntnis vom Schlussbericht der PUK 2003 vom 4. Dezember 2003 einschliesslich den darin enthaltenen Vorstössen.
2. Die Budget- und Aufsichtskommission wird mit der Nachkontrolle der Vorstösse der PUK 2003 bis zu deren Realisierungsabschluss beauftragt. Sie hat insbesondere dafür zu sorgen, dass die Inhalte der Ergebnisse mit den Erkenntnissen des Schlussberichts der PUK 2003 übereinstimmen, die Umsetzungstermine eingehalten werden und dass der Stadtrat bei Bedarf über den Stand sowie über den Abschluss der Nachkontrolle informiert wird. Betreffend die Vorstösse der PUK 2003 bleibt die Überweisung der einzelnen Vorstösse vorbehalten.
3. Er löst die PUK 2003 auf.

Antrag PUK zum Ablauf der SR-Debatte

4.2 Gemeinderatsentscheid vom 23. April 2003/Kollegialitätsprinzip

- Sprecherinnen/Sprecher der Fraktionen **je 5 min**

- Einzelvotantinnen und -votanten **je 3 min**

4.3 Führung in der DSI/Führung allgemein

- Sprecherinnen/Sprecher der Fraktionen **je 5 min**

- Einzelvotantinnen und -votanten **je 3 min**

Natalie Imboden (GB): Unsere Partei und die Fraktion GB/JA!/GPB sind der Meinung, dass es nicht Sinn macht, bei einem derart wichtigen Geschäft, auf das wir uns alle vorbereitet haben, neue Redezeitbeschränkungen einzuführen. Wir werden diesen Ordnungsantrag nicht unterstützen.

Beschluss

Der Antrag der PUK auf Verkürzung der Rededauer wird mit 48 : 22 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

4.1 Würdigung des PUK 2003-Berichts

Ueli Stückelberger (GFL), PUK-Präsident: Heute ist ein historischer Moment: Es findet die erste Diskussion des Berner Stadtrats über einen PUK-Bericht statt. Die ganze PUK-Angelegenheit bedeutet für die Legislative grosse Verantwortung. Eine PUK ist das schärfste Aufsichtsinstrument des Parlaments. Entsprechend gewissenhaft ist mit diesem Instrument umzugehen. Die PUK hat sich bei der Ausarbeitung des Berichts folgende Fragen gestellt: Wie geht das Parlament mit seinem einschneidendsten Aufsichtsinstrument um? Ist es seiner Aufgabe gewachsen, von der Möglichkeit der PUK sinnvoll Gebrauch zu machen? Diese Fragen müssen nun auch die Fraktionen bei der Würdigung des PUK-Berichts beantworten.

Bei der Ausarbeitung des PUK-Berichts durfte die Parteioptik nicht im Vordergrund stehen. Diesen Grundsatz haben wir eingehalten. Die parteipolitische Betrachtung wird nun bei der Würdigung des PUK-Berichts durch die Fraktionen erfolgen. Die Kommission erwartet aber von allen Parteien und Fraktionen nicht nur die Wiedergabe ihrer spezifischen Parteistandpunkte, sondern auch vertiefte Aussagen betreffend die von der PUK dargelegten, grundlegenden Problembereiche, die mit parteipolitischen Gesichtspunkten nichts zu tun haben. Es geht um eine übergeordnete Betrachtung, die sich auch mit der Rolle des Parlaments als oberste Aufsichtsbehörde auseinandersetzt.

Ich möchte es nicht unterlassen, schon an dieser Stelle einige Dankesworte auszusprechen. Ohne intensive Arbeit wäre es nicht möglich gewesen, bis Ende Jahr den PUK-Bericht in der vorliegenden Qualität zu verabschieden. Mein Dank geht an alle Beteiligten, namentlich den PUK-Vizepräsidenten Rudolph Schweizer, der mich immer wieder unterstützt hat, sowie an die übrigen PUK-Mitglieder, speziell für ihre Offenheit, die es ermöglicht hat, den PUK-Bericht einstimmig zu verabschieden. Ein besonderer Dank geht ans PUK-Sekretariat, namentlich an Giovanna Battaglio und Jürg Stampfli. Sie mussten vor allem in den Monaten November und Dezember mit Hochdruck arbeiten, damit der PUK-Bericht rechtzeitig veröffentlicht werden konnte. Ich habe viel verlangt – wenn es manchmal etwas zuviel war, möchte ich hier um Nachsicht bitten. Auch ich bin froh, dass wir am 4. Dezember 2003 den PUK-Bericht verabschieden konnten.

Zum Ablauf der heutigen Debatte: Wir haben sie bewusst dreigeteilt und erwarten von den Fraktionen substanzielle Beiträge zu folgenden Themenblöcken:

- PUK-Bericht/PUK-Arbeit allgemein
- Kollegialität/Gemeinderatsentscheide vom April 2003
- Führung der DSI durch Gemeinderat Kurt Wasserfallen

Diese Trennung ist sinnvoll, weil Birnen nicht mit Äpfeln vermischt respektive verglichen werden sollen. Wir hoffen, dass nicht willkürlich Sätze aus dem PUK-Bericht herausgepickt und gestützt darauf Schlüsse gezogen werden. Was wir erwarten, ist jeweils eine umfassende Würdigung des ganzen Teilbereichs.

Im Folgenden will ich nicht den gesamten PUK-Bericht wiedergeben, er ist ja versandt und hoffentlich von den meisten gelesen worden. Einige Punkte möchte ich jedoch hervorheben. Der erste Punkt betrifft die Kollegialität. Die PUK misst dem Kollegialitätsprinzip sehr hohes Gewicht bei. Eine Exekutive muss gut zusammenarbeiten können. Das ergibt sich nicht automatisch. Einzelinteressen sind zu Gunsten des Gesamtwohls der Stadt Bern zurückzustellen. Im PUK-Bericht sind viele Vorschläge enthalten, wie das Kollegialitätsprinzip konkretisiert bzw. verbessert werden kann. Ein geschlossenes Auftreten der Exekutive gegen aussen sollte der Regelfall sein. Nur in Ausnahmefällen darf davon abgewichen werden, z.B. wenn jemand persönlich ethisch stark betroffen ist. 5 statt 7 ist wohl kein Fall, der es rechtfertigen würde, dass Exekutiv-Mitglieder gegen aussen nicht geschlossen auftreten. Damit will ich nicht sagen, dass alle die Initiative befürworten müssen. Man könnte im Gemeinderat auch beschliessen, dass man in der Öffentlichkeit zu diesem Thema gar nicht Stellung nimmt. Das würde auch einem geschlossenen Auftreten entsprechen und wäre in dieser Situation wohl angebracht gewesen.

Betreffend Kollegialitätsprinzip kann die Exekutive nach Meinung der Kommission auch nach der heutigen Diskussion nicht einfach zum Courant normal übergehen. Hier ist noch ein grosses Stück Arbeit zu erledigen. Die Vorschläge müssen verinnerlicht und umgesetzt werden. Für die PUK steht nicht Kritik im Vordergrund. Aus Fehlern kann man lernen. In diesem Sinne ist der PUK-Bericht auch eine Chance für einen Neuanfang. Diese Chance gilt es zu nutzen. Die PUK will einen Beitrag dazu leisten, dass vergleichbare Ereignisse zukünftig vermieden werden können. Deshalb sind für uns vor allem die Empfehlungen und Vorstösse der PUK wichtig. Im Zentrum stehen dabei erstens die Verbesserung des Kollegialitätsprinzips und zweitens die Forderung nach einer Regelung der Schnittstelle zwischen politisch-strategischer und operativer Führung in der DSI bei der Wahrnehmung sicherheitspolizeilicher Aufgaben.

Zum Nutzen der PUK: Es hat gab Stimmen, die behauptet haben, der PUK-Bericht bringe nur Bekanntes. Diese Sicht greift zu kurz. Wir sehen in unserer Arbeit zwei Hauptnutzen: Erstens die für die Zukunft wichtigen, bereits erwähnten Empfehlungen in Form von Vorstössen und zweitens die objektivierte Sicht der Ereignisse. Es gibt viele subjektive Würdigungen der Ereignisse, eine vollkommen objektive Sicht gibt es nicht. Die PUK hat aber versucht, eine objektivierte Sicht wiederzugeben und ich glaube, das ist uns auch gelungen. Jedenfalls können alle Kommissionsmitglieder zu diesem Bericht stehen.

Ich möchte die Geschehnisse vom letzten Frühling nur kurz zusammenfassen, ausführlicher werden wir in Teil 2 und 3 der Debatte darauf eingehen. Die PUK stellt betreffend die Direktionsrochade in der Stadt Bern fest, dass es vertretbar war, dass der Gemeinderat im Frühling einen Direktionswechsel vorgenommen hat. Den Polizeikommandanten auszuwechseln wäre nicht sachgerecht gewesen. Hingegen kritisiert die PUK den Gemeinderatsentscheid vom 23. April 2003, mit dem die Stadtpolizei neu der Fürsorgedirektorin unterstellt wurde. Diese Neuunterstellung der Stadtpolizei bedeutete eine Teilentmachtung von Gemeinderat Kurt Wasserfallen. Eine solche Teilentmachtung wäre nur in einem ausdrücklich als provisorisch bezeichneten Gemeinderatsbeschluss und nur bei Vorliegen von wichtigen Gründen zulässig gewesen. Die PUK kritisiert aber auch Aspekte der Führung der Direktion für Sicherheit durch Gemeinderat Kurt Wasserfallen – so z.B. einen konkreten Eingriff in die operative Führung anlässlich eines Demo-Einsatzes – und das Verhalten von Kurt Wasserfallen, das sich nicht am Sinn und Geist des Kollegialitätsprinzips orientierte.

Noch eine Bemerkung zum Verfahren der PUK: Ein faires und korrektes Verfahren war uns ein grosses Anliegen. Es wurden gründliche, aber faire Einvernahmen durchgeführt und dem Gemeinderat sowie den übrigen Betroffenen wurde umfassendes Einsichtsrecht gewährt. Zum Schluss, vor der Veröffentlichung, hat die PUK den Bericht dem Gemeinderat zugestellt. Erst danach wurde der Bericht formell verabschiedet. Sieben Wochen sind nun seit der Verabschiedung vergangen und aus dieser Distanz blicke ich mit Genugtuung auf die PUK-Arbeiten

